

A13 Mehr Bürger*innenbeteiligung

Gremium: Programmredaktion

Beschlussdatum: 02.10.2019

Antragstext

1 Wem gehört die Stadt? Natürlich den Bürger*innen. Sie müssen viel stärker gehört
2 werden. Viele Projekte in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur und
3 Inklusion wären ohne das vielfältige Engagement der Nürnberger*innen nicht
4 möglich. Wir Grüne sind selbst aus Bürger*inneninitiativen entstanden und
5 unterstützen Bürger*innen, die Verantwortung übernehmen und die
6 Stadtgesellschaft mitgestalten wollen.

7 Eine Kultur des Gehörtwerdens

8 Die Stadt steht zwar Bürger*inneninitiativen professionell mit Informations- und
9 Vernetzungsangeboten zur Seite, stellt Räume oder Finanzmittel. Aber auch
10 Stadtverwaltung und Stadtrat müssen sich für das Bürger*innenengagement weiter
11 öffnen.

12 Die Bürger*innen sollen darüber mitentscheiden, wofür Geld ausgegeben wird. Von
13 Fahrradwegen und Bolzplätzen bis zur Gestaltung öffentlicher Plätze oder ganzer
14 Areale sollen sie sich frühzeitig in die Planung einbringen können und in
15 richtungsweisenden Fragen das letzte Wort haben: beispielsweise bei großen
16 Infrastrukturprojekten. Dies führt zu besseren Ergebnissen und mehr Akzeptanz
17 für solche Projekte.

18 Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Beteiligungsprozesse in Zukunft
19 ergebnisoffen verlaufen. Auch fordern wir Grüne, zu Beginn einer Wahlperiode ein
20 Zukunftsprogramm für jeweils fünf Jahre zu entwickeln und daran Bürger*innen und
21 Organisationen zu beteiligen. Für jedes Haushaltsjahr werden die jeweiligen
22 Ziele des Programms durch Stadtrat und Verwaltung konkret heruntergebrochen.

23 Wir möchten in eine öffentliche Diskussion über die Schaffung demokratisch
24 gewählter Stadtteilgremien einsteigen.

25 Offene Informationen für mehr Bürger*innenbeteiligung

26 Für eine kontinuierliche Bürger*innenbeteiligung in allen Stadien der Planung
27 ist es darüber hinaus notwendig, neue Verfahren auszuweiten, die alle Menschen
28 einbinden und nicht nur die bereits in der Stadtgesellschaft Engagierten:

- 29 • Dazu müssen zuerst die relevanten Informationen und Dokumente zugänglich
30 gemacht und praxisgerechte Beteiligungsinstrumente geschaffen werden.
- 31 • Datenbestände der Stadt Nürnberg wie zum Beispiel Umwelt-, Verkehrs- und
32 Haushaltsdaten müssen veröffentlicht und der maschinellen Verarbeitung

33 zugänglich gemacht werden. Die Daten sollen einer offenen Lizenz
34 unterliegen.

- 35 • Mit der Einführung eines Bürger*innenhaushalts soll ein Teil des
36 kommunalen Haushalts für Investitionsprojekte reserviert werden, über den
37 die Bürger*innen in einem offenen Prozess entscheiden können.
- 38 • Wir fordern die Ausweitung niedrigschwelliger Beteiligungsformen während
39 der Planungs- und Umsetzungsphase von Infrastrukturprojekten. Das können
40 beispielsweise Planungsworkshops, Diskussionsforen oder Planungszellen
41 sein, zu denen eine repräsentative Auswahl von Bürger*innen eingeladen
42 wird und in denen Bürger*innengutachten erstellt werden.
- 43 • Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf
44 Ratsbegehren zurückgreifen. Dabei stellt der Stadtrat strittige Fragen aus
45 dem eigenen Entscheidungsbereich zur Abstimmung durch die Bürger*innen.

46 Den Stadtrat stärken und zum Ort der Debatte machen

47 Im Gegensatz zu fast allen anderen Bayerischen Städten und Gemeinden, haben die
48 ehrenamtlichen Stadträt*innen in der Stadt Nürnberg keine klar umrissenen
49 Auskunfts- und Antragsrechte. Das ist zutiefst intransparent, undemokratisch und
50 schwächt die Rolle des Stadtrats gegenüber Stadtspitze und Stadtverwaltung, wenn
51 es keinen Anspruch darauf gibt, dass gestellte Anträge auch behandelt werden
52 müssen. Wir werden daher die Geschäftsordnung des Stadtrats der Stadt Nürnberg
53 dahingehend ändern, dass Stadträt*innen Anfragen an die Stadtverwaltung stellen
54 können, die binnen sechs Wochen beantwortet werden müssen, und Anträge binnen
55 sechs Monaten auf die Tagesordnung der Ausschüsse bzw. des Stadtrats gesetzt
56 werden müssen. Nur so können die Mitglieder des Stadtrats die Anliegen der
57 Bürger*innen auch schlagkräftig gegenüber der Verwaltung vertreten und der
58 Stadtrat insgesamt seiner Aufgabe gerecht werden.

59 Transparente Politik

60 Wir Grünen setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats auch live
61 im Internet zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das macht
62 politische Entscheidungen transparenter und führt zu einer geringeren Distanz
63 zwischen den Bürger*innen und ihren gewählten Vertreter*innen. Zudem muss das
64 Internetangebot der Stadt Nürnberg dringend übersichtlicher und
65 bürger*innenfreundlicher gestaltet werden.

66 Schlüsselprojekt Bürger*innenbeteiligung

67 Entscheidungsprozesse werden durch Bürger*innenbeteiligung transparenter und
68 nachvollziehbarer gemacht. Sie bietet allen den Einstieg mitzuwirken. Andere
69 deutsche Großstädte übertragen bereits heute erfolgreich ihre Stadtratssitzungen
70 ins Internet.

71 Sollte es darüber hinaus Entscheidungsbedarf geben, wollen wir das Instrument
72 der öffentlichen Gruppenpetitionen schaffen. Wer 2.500 Unterstützende für eine
73 Petition nachweisen kann, soll Anhörungsrecht im zuständigen Fachausschuss des
74 Stadtrats und ein Anrecht auf eine qualifizierte Stellungnahme bekommen.

- 75 Ergänzend dazu wollen wir die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation nutzen:
76 zum Beispiel mit Online-Foren im Vorfeld von Bürgerversammlungen.